

## Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 27.08.2014  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:32 Uhr  
**Raum, Ort:** Großer Sitzungssaal des Rathauses

### Anwesend sind:

#### Vorsitzende/r:

Rottbeck, Paul    Vorsitzender

#### CDU:

Flasche, Bernd  
Kohlruss, Günter  
Kranenburg, Marius

bis 18:54 Uhr; TOP 6  
einschl.

Lansmann, Markus  
Nikolov, Nico  
Richter, Frank  
Stork, Günter    Ortsvorsteher  
Stumpf, Hubert  
Tautz, Jürgen    Ortsvorsteher  
Tubes, Mike

#### SPD:

Beckmann, Simon  
Kindermann, Evegret  
Kindermann, Kurt                                      stv. Ausschussvorsitzender  
Schroer, Edmund

Stellv. für Stv. Kaiser  
stellv. für Stv. Grotzky  
Stellv. für Stv. Niemeyer

#### UWG:

Ebbing, Brigitte  
Strotmann, Arno

Stellv. für sachk. Bürger  
Bleker

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN:**

Becker, Maja  
Gliem, Helga

**Fraktionsloses Mitglied:**

Dirks, Günther  
Westermann, Hartwig

**Gäste:**

Boll, Hermann  
Kleyboldt, Peter

**Ortsvorsteher/in:**

Finke, Alfons  
Zurhausen, Ursula

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Beunink, Martin	Fachabteilungsleiter
Bücker, Ludger	Fachbereichsleiter
Dahlhaus, Martin	Fachabteilungsleiter
Gottlob, Ralf	Fachbereichsleiter
Kaß, Matthias	
Klein-Bösing, Ludger	Fachabteilungsleiter
Lask, Markus Leiter	FB 01
Lührmann, Rolf	Bürgermeister
Schnelting, Alfons	Fachbereichsleiter
Schroer, Alfons	
Schulze Hessing, Mechtild	Erste Beigeordnete

**Es fehlen entschuldigt:****SPD:**

Grotzky, Hartmut  
Kaiser, Michael  
Niemeyer, Jürgen

**UWG:**

Bleker, Werner                      sachk. Bürger/in

## Abgewickelte Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Einführung und Verpflichtung der Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger des Umwelt- und Planungsausschuss  
Vorlage: V 2014/190
- 4 Antrag auf Änderung der Plangenehmigung für die Deponie Borken-Hoxfeld  
- Stellungnahme der Stadt Borken  
Vorlage: V 2014/187
- 5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle  
- Stellungnahme der Stadt Borken zum Entwurf  
Vorlage: V 2014/188
- 6 Neugestaltung Kirchplatz und Kirchplatzumfahrung  
Vorlage: V 2014/192
- 7 Lärmschutzmaßnahmen an der L 600 in Borken-Burlo; Antrag der UWG vom 28.04.2014  
Vorlage: V 2014/169
- 8 Flächennutzungsplan, Teilbereich Burlo, Aufstellungsbeschluss zur 36. Änderung des Flächennutzungsplanes, Erweiterung des K+K-Marktes  
Vorlage: V 2014/170
- 9 Bebauungsplan BU 7 (Mariengarten), Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung, Erweiterung des K+K-Marktes  
Vorlage: V 2014/171
- 10 Anbau der Weseler Straße und Bau eines Kreisverkehrsplatzes Weseler Landstraße/Weseler Straße/Aechterhookstraße; Antrag der SPD vom 08.05.2014  
Vorlage: V 2014/186
- 11 Geplanter Radweg von Südlohn-Oeding nach Weseke entlang der B 70
- 12 Mitteilungen und Anfragen
  - 12.1 Bauvorhaben Gymnasium Remigianum
  - 12.2 Bauvorhaben "Zentrale Einrichtung"

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

**Vorsitzender Rottbeck** begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist. Den Antrag der UWG, TOP 12 aus dem nichtöffentlichen Teil in den Öffentlichen Teil zu verschieben, könne nur zum Teil berücksichtigt werden, da Grundstücksangelegenheiten weiterhin nicht öffentlich bleiben müssen. Der Ausschuss erklärt sich mit dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt einverstanden.

### zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

### zu 3 Einführung und Verpflichtung der Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger des Umwelt- und Planungsausschuss Vorlage: V 2014/190

Die erschienenen Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger werden in dieser Sitzung vom **Ausschussvorsitzenden Rottbeck** eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet (§ 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NW (GO NW)).

### zu 4 Antrag auf Änderung der Plangenehmigung für die Deponie Borken-Hoxfeld - Stellungnahme der Stadt Borken Vorlage: V 2014/187

**Herr Peter Kleyboldt (Geschäftsführer EGW)** erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die geplanten Maßnahmen.

**Stv. Kranenburg** möchte wissen, wann eine normale Nutzung der Deponie möglich sei.

**Herr Kleyboldt** gibt an, dass eine normale Nutzung ca. im Jahre 2018/19 möglich sei. Das Planungskonzept sehe es vor kleine Büsche anzupflanzen.

**Stv. Kranenburg** wirft die Frage auf, ob man auch spazieren gehen könne.

**Herr Kleyboldt** merkt an, dass diese Frage noch zu klären sei. Zur Zeit liege keine Planung diesbezüglich vor.

**Stv. Ebbing** stellt die Frage, ob durch einen Systemwechsel während der Bauphase eine Mehrbelastung für Anwohner oder für die Besucher des Sees vorhanden sei.

**Herr Kleyboldt** erklärt, dass die Baumaßnahmen so durchgeführt werden, dass möglichst wenig Belastungen entstehen. Es sei nicht mit Mehrbelastungen zu rechnen.

**Stv. Kohlruss** möchte wissen ob das neue Verfahren günstiger sei.

**Herr Kleyboldt** erläutert, dass zur Wirtschaftlichkeit noch keine genau Aussage gemacht werden könne aber es wahrscheinlich zu einer Kostensteigerung kommen werde.

**Stv. Kohlruss** wirft die Frage auf, warum in den Bereichen 1 und 2 das System gewechselt wurde ohne das der Umwelt- und Planungsausschuss etwas davon erfahren habe.

**Herr Kleyboldt** gibt an, dass es von der Bezirksregierung genehmigt worden sei und eine Beteiligung Dritter nicht notwendig gewesen sei. Damals sei es nur für einen Bauabschnitt beantragt worden, nun für die ganze Deponie, daher sei der Umwelt- und Planungsausschuss zu beteiligen.

**Stv. Schroer** erkundigt sich, ob die Anwohner informiert seien.

**Herr Kleyboldt** merkt an, dass die Bezirksregierung Verfahrensführer sei und entscheide darüber, wer informiert werde.

**Stv. Gliem** stellt die Frage, ob durch einen Systemwechsel die Fläche schneller rekultiviere oder ob die selbe Zeit benötigt werde.

**Herr Kleyboldt** erklärt, dass es seiner Meinung nach nicht schneller gehen werde, da der Tonabbau sehr schwierig sei. Ein Abrutschen der Deponie, wie es beim letzten Starkregen in Münster passiert sei, müsse vermieden werden.

**Stv. K. Kindermann** stellt fest, dass die Nutzung der Deponie zur Zeit als Freizeitfläche nicht geplant sei, aber es bei den Gesprächen zum Pröbstingsee in der Planung gewesen sei.

**Bürgermeister Lührmann** erläutert, dass der Kreis Borken davon wisse. Ab 2020 könne über eine alternative Nutzung diskutiert werden. Heute gehe es nur um die Genehmigung.

**Stv. K. Kindermann** möchte wissen, wie sich der Systemwechsel auf die Müllgebühren auswirke.

**Herr Kleyboldt** gibt an, dass dieses Angelegenheit des Kreises Borken sei, welcher zur Zeit eine entsprechende Kalkulation aufstelle.

**Stv. Richter** wirft die Frage auf, wie lange die Gasfassung noch möglich sei und was im Anschluss damit passiere.

**Herr Kleyboldt** erklärt, dass durch den organischen Abbau der Abfälle es in den letzten Jahren zu deutlich weniger Gas gekommen sei. Die Gasfassung werde weiterhin durchgeführt, allerdings werde nur noch ein Blockheizkraftwerk genutzt. Der erzeugte Strom solle möglichst selbst genutzt werden.

**Stv. Richter** stellt die Frage, wie lange die Gasausbeutung noch wirtschaftlich sei.

**Herr Kleyboldt** erläutert, dass ca. im Jahre 2021/22 geschaut werden müsse, wie wirtschaftlich es noch sei. Danach müsse das Gas abgefackelt werden.

**Stv. Richter** stellt fest, dass eine Freizeitnutzung als Nachnutzung dann wohl eher im Jahre 2030 als 2020 möglich sei.

**Herr Kleyboldt** ergänzt, dass die letzte Baumaßnahme im Jahre 2018/19 stattfinde. Im Anschluss werden nur noch Landschaftspflegemaßnahmen durchgeführt.

**Stv. Richter** gibt an, dass die Auswirkungen auf die Abfallgebühren noch nicht untersucht worden sei und möchte wissen, warum eine neue Methode genehmigt werden solle, wenn noch keine neuen Gebühren ermittelt worden seien.

**Herr Kleyboldt** erklärt, dass die alte Kalkulation aus 2010 so nicht mehr aufgehen könne, da sich die Marktsituation bezüglich der Baumaßnahmen verändert habe. Die Anzahl der Anbieter sei geringer geworden.

**Stv. Richter** möchte wissen, warum das System geändert werden solle, wenn beide ähnlich seien. Durch einen Wechsel wäre eine Preissteigerung möglich, wodurch die Müllgebühren explodieren könnten.

**Stv. E. Kindermann** fügt hinzu, dass eine Sorgfaltspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bestehe.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erläutert, dass die Abfallkommission vom Kreis Borken im September tagte. Im Anschluss könne eventuell etwas Konkretes zu den Gebühren gesagt werden.

**Stv. Ebbing** wirft die Frage auf, ob der Kreistag das Thema auch auf seiner Tagesordnung gehabt habe und ob die Bürgerinnen und Bürger informiert wurden.

**Herr Kleyboldt** gibt an, dass der Kreis Borken schon aktiv geworden sei. Es seien öffentliche Sitzungen, an denen die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen konnten. Den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Umwelt- und Planungsausschuss könne eine Führung über die Deponie angeboten werden.

### **Beschluss:**

Der Antrag des Kreises Borken auf Änderung der Plangenehmigung vom 29.05.2009 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine mögliche Kostensteigerung, bedingt durch einen Systemwechsel, muss mitgeteilt werden, da diese zu einer Gebührensteigerung führen kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit	21 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 5 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle  
- Stellungnahme der Stadt Borken zum Entwurf  
Vorlage: V 2014/188**

---

**Stv. Richter** möchte wissen, welche Auswirkungen es haben könne, wenn der Abfallwirtschaftsplan nicht geändert werde.

**Herr Kleyboldt (Geschäftsführer EWG)** erläutert, dass das Land versuche, ein strukturelles Problem zu verbessern. Die Überkapazität der Müllverbrennung solle reduziert werden. In NRW werde es drei Gebiete geben. Das Konzept sehe es vor, dass die Transportwege länger werden, da die Streckenführung nach Luftlinie und nicht nach Straßen-Km ermittelt wurde.

**Stv. Richter** gibt an, dass eine besondere Situation vorliege, da sich die Standorte für Müllverbrennung in Städten befinden, die finanziell schlecht aufgestellt seien. Somit müsse Borken sich an den Gebühren der Standorte orientieren, was zu einer Gebührensteigerung führen könne. Das Ziel sei es nicht, die finanziell schlecht aufgestellten Kommunen zu fördern.

**Stv. K. Kindermann** merkt an, dass das bisher gut bewährte System erhalten bleiben solle.

**Stv. Richter** beantragt den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz zu ändern, dass die Stadt Borken die Folgen des Regionenmodells mit ökonomisch negativer Wirkung auf die Abfallgebühren ablehne.

**Beschluss:**

Dem Rat der Stadt Borken wird empfohlen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Borken schließt sich der Stellungnahme des Kreises Borken zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, sowie zum Entwurf des Umweltberichtes an. Insbesondere lehnt die Stadt Borken die Folgen des Regionenmodells mit ökonomisch negativer Wirkung auf die Abfallgebühren ab.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Schreiben dem MKULNV zuzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit	21 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 6 Neugestaltung Kirchplatz und Kirchplatzumfahrung  
Vorlage: V 2014/192**

---

**Herr Boll (Ingenieurbüro Lindschulte)** erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die aktuelle Ablaufplanung.

**Stv. Kranenburg** gibt an, dass die wichtigste Zeit die Weihnachtszeit sei, und begrüßt, dass darauf Rücksicht genommen werde. Zudem wirft Stv. Kranenburg die Frage auf, ob in den einzelnen Bauabschnitten alles erreichbar sei.

**Herr Boll** erklärt, dass während den einzelnen Bauabschnitten alles erreichbar sei.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** merkt an, dass die Planungen, mit so wenig Beeinträchtigungen wie möglich, im Interesse der Geschäftsleute sei. Eine Marktplatzüberfahung mit Absperrbarken habe gut geklappt. Wenn der Marktplatz für Events benötigt werde, sei eine Überfahung des Marktplatzes nicht möglich.

**Stv. Krankenburg** möchte wissen, ob eine Abgrenzung mit Absperrbarken nötig sei.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erläutert, dass ohne eine klare Fahrbahn und ohne Absperrbarken die Autos fahren wie sie wollen. Eine eindeutige Abgrenzung sei bezüglich der Sicherheit notwendig.

**Stv. K. Kindermann** erkundigt sich, ob die Zuwegung für Zulieferer frei sei.

**Herr Boll** gibt an, dass der Lieferverkehr die Geschäfte erreichen müsse.

**Stv. Gliem** merkt an, dass bei der Überfahung des Marktplatzes die Sicherheit der Fußgänger gegeben sein müsse. Zudem sei es wichtig, dass die Behindertenparkplätze möglichst an der selben Stelle und stadtnah angelegt werden. Hierzu müsse es Hinweise geben.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erklärt, dass Anfang September drei große Bauschilder mit Bildern und Infos über den Werdegang aufgestellt werden.

**Stv. Becker** wirft die Frage auf, ob auch Nachts gearbeitet werde.

**Herr Boll** gibt an, dass Nachts nicht gearbeitet werde.

**Stv. Richter** möchte wissen, wo die Baustelleneinrichtung für Baumaterial hinkomme.

**Herr Boll** erläutert, dass die Lagerplätze im Aa-Bereich genutzt werde, ansonsten seien noch Lagerplätze am Lindenhof vorhanden.

**Stv. Richter** stellt die Fragen, ob die Brücke an der Mühlenstraße wieder zweispurig laufen könne und ob ein Plan B vorhanden sei, wenn die Turmgalerie gebaut werde.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erklärt, dass die Brücke an der Mühlenstraße aus Sicherheitsgründen weiterhin einspurig bleibe. Der Bereich Mühlenstraße sei extra als vorletzter Bauabschnitt gewählt, damit eventuelle Arbeiten an der Turmgalerie durchgeführt werden können.

**Herr Boll** merkt an, dass die Höhenplanung mit den Architekten der Turmgalerie abgestimmt sei.

**Stv. Richter** möchte wissen, ob es möglich sei, die Brücke an der Mühlenstraße provisorische zu stabilisieren.

**Fachbereichsleiter Bucker** gibt an, dass ein solcher Versuch aus Kostengründen und wegen der Schwierigkeit der Umsetzung nicht möglich sei.



**Beschluss:**

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die Planungen zustimmend zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit           21 Ja-Stimmen  
                               0 Nein-Stimmen  
                               0 Enthaltungen

**zu 7       Lärmschutzmaßnahmen an der L 600 in Borken-Burlo; Antrag der  
 UWG vom 28.04.2014  
 Vorlage: V 2014/169**

---

**Stv. Ebbing** gibt an, dass die Anwohner bereits einen Antrag gestellt haben. Das Ortseingangsschild könne aber auch weiter heraus gezogen werden, sodass die Bremsgeräusche nicht mehr so laut seien. Die Verwaltung solle sich bitte mit dem Landesstraßenbau abstimmen.

**Stv. Dirks** stellt fest, dass der Straßenverlauf, wie z. B. durch Pfosten oder Ähnliches, geändert werden könne.

**Fachbereichsleiter Bucker** merkt an, dass die Verwaltung mit dem Landesstraßenbau in Kontakt treten werde und darüber berichten wird.

**zu 8       Flächennutzungsplan, Teilbereich Burlo, Aufstellungsbeschluss zur  
 36. Änderung des Flächennutzungsplanes, Erweiterung des K+K-  
 Marktes  
 Vorlage: V 2014/170**

---

Fraktionsübergreifend wurde die Vergrößerung des K+K-Marktes begrüßt.

**Beschluss:**

Es wird gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen, die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Borken für den in **Anlage 01** dargestellten Änderungsbereich (Gemarkung Borkenwirthe, Flur 4, Flurstücke 1288 bis 1291) aufzustellen.

Gleichzeit wird beschlossen, gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit           20 Ja-Stimmen  
                               0 Nein-Stimmen  
                               0 Enthaltungen

**zu 9      Bebauungsplan BU 7 (Mariengarden), Aufstellungsbeschluss zur 4.  
Änderung, Erweiterung des K+K-Marktes  
Vorlage: V 2014/171**

---

**Beschluss:**

Es wird gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen, die 4. Änderung des Bebauungsplanes BU 7 (Mariengarden) aufzustellen.

Die Grenzen des Änderungsbereiches sind im Deckblatt (**Anlage 1**) dargestellt. Im einzelnen sind folgende Flurstücke betroffen:  
Gemarkung Borkenwirth, Flur 4, Flurstücke 1288 bis 1291 (Katasterstand März 2014).

Gleichzeit wird beschlossen, gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu unterrichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit	20 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 10      Anbau der Weseler Straße und Bau eines Kreisverkehrsplatzes  
Weseler Landstraße/Weseler Straße/Aechterhookstraße; Antrag der  
SPD vom 08.05.2014  
Vorlage: V 2014/186**

---

**Stv. Gliem** gibt an, dass die Radfahrer bei der Planung berücksichtigt werden müssen.

**Stv. K. Kindermann** möchte wissen, ob der Pendlerparkplatz mit an den Kreisverkehr angebunden werden könne.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erläutert, dass es unabhängig davon sei. Der Pendlerparkplatz solle demnächst geschottert werden und dann mit in die Gesamtplanung integriert werden.

**Stv. K. Kindermann** erkundigt sich, ob bereits ein Lageplan mit dem Zuschnitt vom Parkplatz vorhanden sei.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erklärt, dass ein Lageplan verwaltungsintern bereits vorhanden sei und demnächst vorgestellt werde.

**Beschluss:**

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, dass mit der Aufstellung des Bebauungsplanes BO 65a der Kreuzungsbereich Weseler Landstraße/Weseler Straße/Aechterhookstraße zu einem Kreisverkehrsplatz umgeplant wird. Ebenfalls wird die Weseler Straße im Streckenabschnitt Nina-Winkel-Straße/Weseler Landstraße in die hierzu erforderlichen Planungen einbezogen. Im Rahmen der Haushaltsplanung soll über die weitere Umsetzung beraten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Annahme mit           20 Ja-Stimmen  
                           0 Nein-Stimmen  
                           0 Enthaltungen

**zu 11    Geplanter Radweg von Südlohn-Oeding nach Weseke entlang der B 70**

**Stv. Ebbing** gibt an, dass ein Beschluss vorhanden sei, der es untersagt, dass Bäume für Photovoltaikanlagen gefällt werden. Dieser alte Beschluss solle weiterhin bestehen bleiben.

**Bürgermeister Lührmann** liest den Beschluss vom 11. Mai 2011 vor und erklärt, dass Grundstücksangelegenheiten im nichtöffentlichen Teil zu besprechen seien.

**Stv. Gliem** merkt an, dass die Grundsatzentscheidung nicht aufgeweicht werden solle.

**Stv. Dirks** fügt hinzu, dass in anderen Fällen auch am Beschluss festgehalten worden sei.

**Stv. K. Kindermann** stellt fest, dass der Beschluss damals aus guten Gründen so getroffen worden sei und keine Ausnahme gemacht werden solle.

**zu 12    Mitteilungen und Anfragen**

Siehe Unterpunkte.

**zu 12.1    Bauvorhaben Gymnasium Remigianum**

**Fachbereichsleiter Gottlob** erklärt, dass aktuell in der dritten Etage gebaut werde und man im Kosten- und Zeitplan sei.

**zu 12.2    Bauvorhaben "Zentrale Einrichtung"**

**Fachbereichsleiter Gottlob** erläutert, dass der Baubeginn planmäßig sei und man im Kostenplan sei. Zwischenzeitlich habe eine Firma Insolvenz angemeldet, so dass eine 4-6-wöchige Verzögerung entstehe und der Zeitplan nicht eingehalten werde könne.

gez. Paul Rottbeck  
 Ausschussvorsitzender

gez. Matthias Kaß  
 Schriftführer